

| | | | |
|--|---|---|-------|
| Eingegangen | | | |
| 14. JUNI 1965 | | | |
| Landesamt für Wiedergutmachung BREMEN | | | |
| | 5 | 4 | 15/6. |

BESCHLUSS

Rü-5632

In der Rückerstattungssache
der Frau Gretel P i c k geb. Marx,
geboren am 14. 11. 1913,
wohnhaft 2333 Davidson Ave., New York 68, N.Y./USA,
Antragstellerin und Beschwerdeführerin,

Verfahrensbevollmächtigte: United Restitution
Organization (URO),
Hannover, Klages-
markt 10/11,

gegen

das Deutsche Reich,

Antragsgegner und Beschwerdegegner,

dieses gemäß § 9 Bundesrückerstattungsgesetz (BRüG)
vertreten durch den Bundesminister der Finanzen,
Bonn; dieser in Bremen vertreten durch die Ober-
finanzdirektion Bremen, Bundesvermögens- und Bau-
abteilung,

Verfahrensbevollmächtigter: Assessor Wank in Bremen,
hat der Senat für Rückerstattungssachen des
Hanseatischen Oberlandesgerichts in Bremen unter
Mitwirkung von

Oberlandesgerichtspräsident Prof. Dr. Arndt,
Oberlandesgerichtsrat Drodten,
Oberlandesgerichtsrat Kohlmann

am 22. April 1965 beschlossen:

Auf die sofortige Beschwerde der Antrag-
stellerin wird der Beschluß der Wiedergut-
machungskammer des Landgerichts Bremen vom
25. März 1964 aufgehoben.

Die Sache wird zur neuen Verhandlung und
Entscheidung an das Landgericht zurück-
verwiesen.

G r ü n d e :

I. Die Antragstellerin wanderte aus verfolgungsbedingten Gründen nach England aus. Von ihrer Mutter ließ sie im April 1939 insgesamt fünf Kisten Auswanderungsgut von Stuttgart über Bremen zum Versand bringen. Zwei der Kisten erreichten sie in England. Für die restlichen drei Kisten bezahlte die Antragstellerin das Lagergeld für zwei Jahre. Die Antragstellerin beabsichtigte, von England nach Amerika weiterzuwandern und sich die restlichen drei Kisten nach Amerika senden zu lassen. Diese wurden von der Speditionsfirma Schenker & Co. im Bremer Freihafen im Schuppen 2 eingelagert. Eine der Kisten wurde am 14. Juli 1939 ausgeliefert. Die restlichen zwei Kisten wurden am 2. Januar 1941 durch Fliegerangriff vernichtet.

Die Antragstellerin macht rückerstattungsrechtliche Ansprüche wegen des Inhalts der drei Kisten geltend. Ein großer Teil der in den Kisten verpackten Sachen sei neu gewesen und von ihr erst zum Zwecke der Auswanderung angeschafft worden. Der Inhalt der Kisten habe einen Wert von mindestens 7000 Dm gehabt. Alle drei Kisten seien vor der Ausbombung vom Deutschen Reich beschlagnahmt worden. Das Umzugsgut jüdischer Einwanderer sei bereits ab August 1940 als beschlagnahmt anzusehen, wie das Oberste Rückerstattungsgericht in Berlin entschieden habe.

Der Antragsgegner bestreitet, daß die ausgebombten Sachen zum Zwecke der Auswanderung angeschafft worden seien, denn die dafür erforderlich gewesene ersatzlose Abgabe an die Deutsche Golddiskontbank habe nicht festgestellt werden können. Auch könne nicht festgestellt werden, daß das Deutsche Reich im Augenblick der Ausbombung eine eigentümerähnliche Stellung an dem Gut gehabt habe. weder eine konkrete Beschlagnahme noch eine allgemeine mit einer Ausbürgerung verbundene Beschlagnahme habe vor Erlaß der 11. VO zum Reichsbürgergesetz vom 15. November 1941, also zur Zeit der Ausbombung, vorgelegen.

Da eine gütliche Einigung zwischen den Parteien nicht zu erzielen war, hat das Landesamt für Wiedergutmachung die Sache gemäß Art. 63 Ziff. 1 des Gesetzes Nr. 59 der amerikanischen Militärregierung durch Beschluß vom 29. Januar 1964 an das Landgericht Bremen verwiesen.

Unter Wiederholung ihres Vorbringens hat die Antragstellerin beantragt,

den Antragsgegner zu verurteilen, Schadensersatz zu leisten für die in der eidesstattlichen Versicherung der Antragstellerin vom 19. Februar 1963 aufgeführten Gegenstände.

Der Antragsgegner hat beantragt,

den Anspruch abzuweisen.

Er ist der Auffassung, daß die vom Obersten Rückerstattungsgericht Berlin für Hamburg aufgestellten Grundsätze für Bremen keine Anwendung finden. Aus den noch vorhandenen Unterlagen bei Bremer Speditionsfirmen folge, daß im Bremer Freihafen eine allgemeine Beschlagnahme vor Erlaß der 11. VO zum Reichsbürgergesetz nicht erfolgt sei, Beschlagnahmen vor diesem Zeitpunkt vielmehr immer nur durch Einzelverfügungen ausgesprochen worden seien. Im übrigen seien im Hamburger Hafen zwar auf Grund des Erlasses des Reichssicherheitshauptamts vom 16. Januar 1941 Umzugsgüter zwar beschlagnahmt und versteigert worden, der Erlaß des Reichssicherheitshauptamts vom 1. August 1940 habe die Umzugsgüter jedoch nur listenmäßig erfaßt, ohne daß damit weitere Maßnahmen verbunden gewesen wären.

Durch Beschluß der Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Bremen vom 25. März 1964 ist der Antrag der Antragstellerin auf Rückerstattung wegen entzogenen Um-

zugsguts als unbegründet zurückgewiesen worden.

In den Gründen des Beschlusses hat das Landgericht ausgeführt:

Eine Beschlagnahme durch das Deutsche Reich sei weder hinsichtlich der am 14. Juli 1939 ausgelieferten Kiste noch hinsichtlich der am 2. Januar 1941 durch Fliegerangriff vernichteten, beiden anderen Kisten erfolgt. Der Antragsgegner habe ausgeführt, aus der Zusammenstellung der von Bremer Speditionsfirmen eingeholten Einkünfte sei zu entnehmen, daß eine allgemeine Beschlagnahme von Auswandergütern vor Erlaß der 11. VO zum Reichsbürgergesetz nicht erfolgt sei, sondern derartige Güter nur durch Einzelverfügungen beschlagnahmt worden seien. Das Gericht habe keine Veranlassung, diese Angaben des Antragsgegners anzuzweifeln, zumal auch dem Gericht in keinem Fall etwas bekannt geworden sei, was diesen Angaben des Antragsgegners entgegenstände. Konkrete Angaben für eine Beschlagnahme der Umzugsgüter durch Einzelverfügungen habe die Antragstellerin trotz ausdrücklichen Befragens nicht machen können. Es lägen auch keine Anhaltspunkte dafür vor, die dem Gericht Veranlassung geben könnten, in Umkehrung der allgemeinen Beweisregelung dem Antragsgegner die Beweislast dafür aufzuerlegen, daß bis zur Vernichtung des Umzugsguts durch Fliegerangriffe noch keine Beschlagnahme durch das Deutsche Reich oder einen gleichgestellten Rechtsträger erfolgt sei.

Gegen diesen, der Antragstellerin am 2. April 1964 zugestellten Beschluß, hat diese am 25. Juni 1964 das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde eingelegt und beantragt,

den angefochtenen Beschluß aufzuheben

und die Sache zur nochmaligen

Verhandlung und Entscheidung an das

Landgericht zurückzuverweisen.

Sie rügt die Verletzung der Aufklärungspflicht.

Das Landgericht hätte versuchen müssen zu ermitteln, an wen und auf wessen Veranlassung die am 14. Juli 1939 ausgelieferte Kiste ausgeliefert worden sei. Die Erfahrung spreche dafür, daß diese Kiste auf Anordnung einer Stelle des Deutschen Reichs von der Lagergesellschaft habe herausgegeben werden müssen.

Das Landgericht habe ohne eigene Nachprüfung den Ausführungen des Antragsgegners, im Hafen von Bremen seien keine allgemeinen Beschlagnahmen erfolgt, nicht folgen dürfen. Vielmehr hätte veranlaßt werden müssen, daß die Auskünfte der Bremer Spediteure, auf welche die Oberfinanzdirektion sich beziehe, vorgelegt würden, damit die Antragstellerin hierzu hätte Stellung nehmen können. Der Grundsatz der Gewährung rechtlichen Gehörs sei insoweit verletzt.

Das Landgericht habe seine Ermittlungspflicht weiter dahin verletzt, daß es sich den Vortrag der Oberfinanzdirektion, der Erlaß des Reichssicherheitshauptamts habe nur für Hamburg, nicht aber für Bremen gegolten, einfach zu eigen gemacht habe trotz des Hinweises des Obersten Rückerstattungsgerichts in Berlin in seinem Beschluß vom 23. Oktober 1961 - ORG, A/1493 -, es habe von einem an alle Staatspolizeistellen gerichteten Schnellbrief des Reichssicherheitshauptamts Kenntnis erhalten. Schließlich habe das Landgericht die Beweislast verkannt. Bei der vorliegenden Sachlage hätte die Oberfinanzdirektion den Nachweis führen müssen, daß eine ungerechtfertigte Entziehung gerade in dem vorliegenden Fall nicht erfolgt sei.

Der Antragsgegner beantragt,

die sofortige Beschwerde der Antragstellerin zurückzuweisen.

Er ist der Auffassung, daß eine Gesetzesverletzung in verfahrensrechtlicher und sachlicher Hinsicht nicht vorliegt.

II. Auf die sofortige Beschwerde war der angefochtene Beschluß aufzuheben, da er mindestens teilweise auf fehlerhafter Grundlage beruht.

1) Soweit das Landgericht der Antragstellerin eine rückerstattungsrechtliche Entschädigung für die am 14.7. 1939 von der Lagerhausgesellschaft zurückgegebene Kiste versagt hat, sind rechtliche Bedenken nicht zu erheben.

2) Auch der Grundsatz des rechtlichen Gehörs ist nicht verletzt.

Nach dem Verhandlungsprotokoll vom 11. März 1964 (Bl. 66 d.A.) ist der Schriftsatz des Antragsgegners vom 10. März 1964 der Antragstellerin in der mündlichen Verhandlung noch nicht übergeben worden. Vielmehr ist er am 11. März 1964 (Bl. 67 d.A.) an die Antragstellerin übersandt worden. Da Termin zur Verkündung einer Entscheidung auf den 25. März 1964 angesetzt worden war, hatte die Antragstellerin, die nicht behauptet, den Schriftsatz vom 10. März 1964 vor dem Verkündungstermin nicht erhalten zu haben, Gelegenheit zur Stellungnahme gehabt. Insbesondere hätte sie noch beantragen können, die Auskünfte der Speditionsfirmen vorzulegen. Notfalls hätte dann eine neue mündliche Verhandlung anberaumt werden können.

3) Dagegen hat das Landgericht seine Aufklärungspflicht verletzt, als es zu der Entscheidung gelangte, daß hinsichtlich der beiden übrigen Kisten ein Entziehungsfall im Sinne des REG nicht vorliegt.

Die ablehnende Entscheidung des Landgerichts wegen der beiden weiteren Kisten beruht auf der tatsächlichen Annahme, daß eine Rundfrage bei Bremer Spediteuren ergeben habe, daß abgesehen von Einzelbeschlagnahmen von einer allgemeinen Beschlagnahme vor Erlaß der 11. DV nichts bekannt geworden sei. Hiergegen werden von der Antragstellerin mit Recht verfahrensrechtliche Bedenken erhoben. Das Landgericht hat insoweit eine tatsächliche Behauptung des Antragsgegners ungeprüft übernommen. Es hätte das dem Antragsgegner vorliegende Material zum Gegenstand der Verhandlung machen und der Antragstellerin Gelegenheit zur Stellungnahme geben müssen. Dann hätte es sich ein eigenes Urteil über die Beweiskraft bilden müssen. Daher ist insoweit Aufhebung und Zurückverweisung geboten. Da der Wert der 1939 zurückgegebenen Kiste nicht ausscheidbar ist, muß dies insgesamt erfolgen.

- 4) Bei der neuen Entscheidung wird das Landgericht § 2 a BRÜG zu berücksichtigen haben, der jetzt für alle rückerstattungsrechtlichen Rechtsgebiete festlegt, was nach richtiger Ansicht für das in der ehemaligen amerikanischen Zone anzuwendende REG schon immer rechtens war. Da danach die Beschaffung oder Anmaßung von Besitz oder bloßer Verfügungsmacht für die Erfüllung des Begriffsmerkmals der Entziehung genügt, ist es unumgänglich, weitere Ermittlungen insbesondere bei den Bremer Spediteuren dahingehend durchzuführen, ob nicht schon vor Erlaß der 11. DV zum Reichsbürgergesetz und insbesondere den Jahren 1939/1940 der Antragsgegner sich die Verfügungsmacht über Auswanderergut jüdischer Emigranten in irgendeiner Form verschafft hat. In diesem Zusammenhang wird auf van der Leuw "Zur Vorgeschichte der Enteignung jüdischer Vermögen durch die 11. DV-RBürgerG" (RzW 1962 S. 1 r. Spalte) hingewiesen, wonach in einem

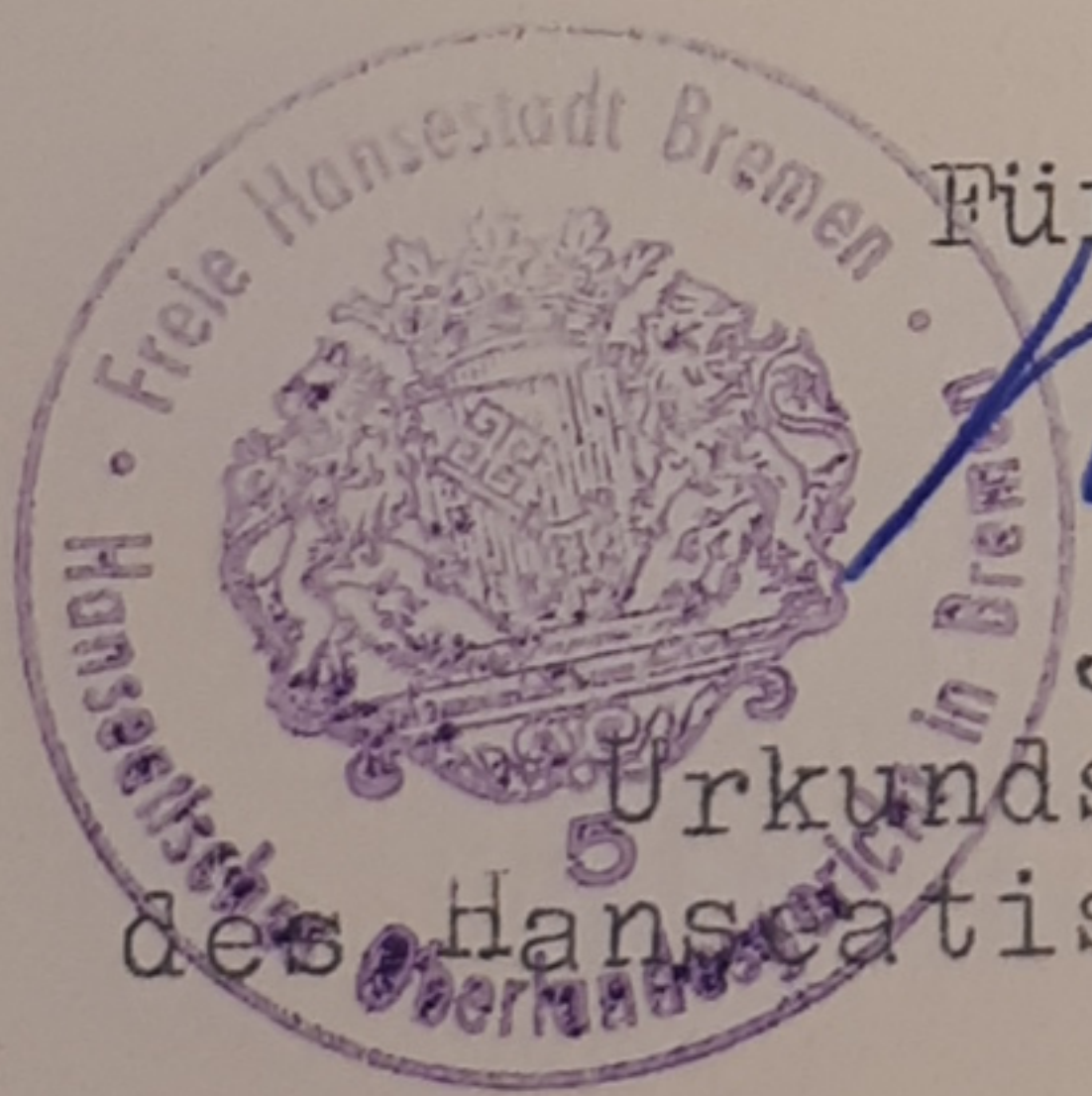
Erlaß des RSHA vom 9. Dezember 1941 mitgeteilt wird:
"Das Vermögen der emigrierten Juden ist den Staats-
polizei(leit)stellen bekannt und zum großen Teil nach
dem Runderlaß vom 24. September 1940 - IA 11 Allg.
1433 - sichergestellt worden." Was hier unter "Sicher-
stellung" und was von den Spediteuren unter "Be-
schlagnahme" verstanden wird, bedarf der Aufklärung
und Erörterung, da beides keine eindeutigen Begriffe
sind. Es wird sachgemäß sein, zu ermitteln, ob in-
zwischen weitere generelle Maßnahmen, die auf die Ein-
ziehung des in Deutschland verbliebenen Vermögens
jüdischer Emigranten zielten, bekannt geworden sind
evtl. durch Einholung einer Auskunft vom Institut
für Zeitgeschichte in München.

Es war daher wie geschehen zu beschließen und die Sache
zur neuen Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz
zurückzuverweisen.

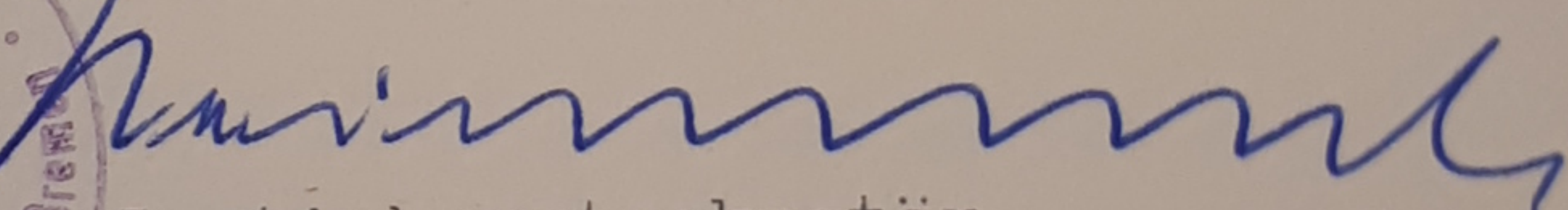
Dr. Arndt

Drodt

Kohlmann



Für die Ausfertigung:


Justizhauptsekretär

Urundsbeamter der Geschäftsstelle
des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Bremen

Landgericht Bremen

Geschäfts-Nr.

(Bitte bei allen Schreiben angeben)

15 0 3008/64 (W)

28 Bremen 1, den 7. August 1969

Gerichtshaus Domshofde 16

1. Stock, Zimmer 87

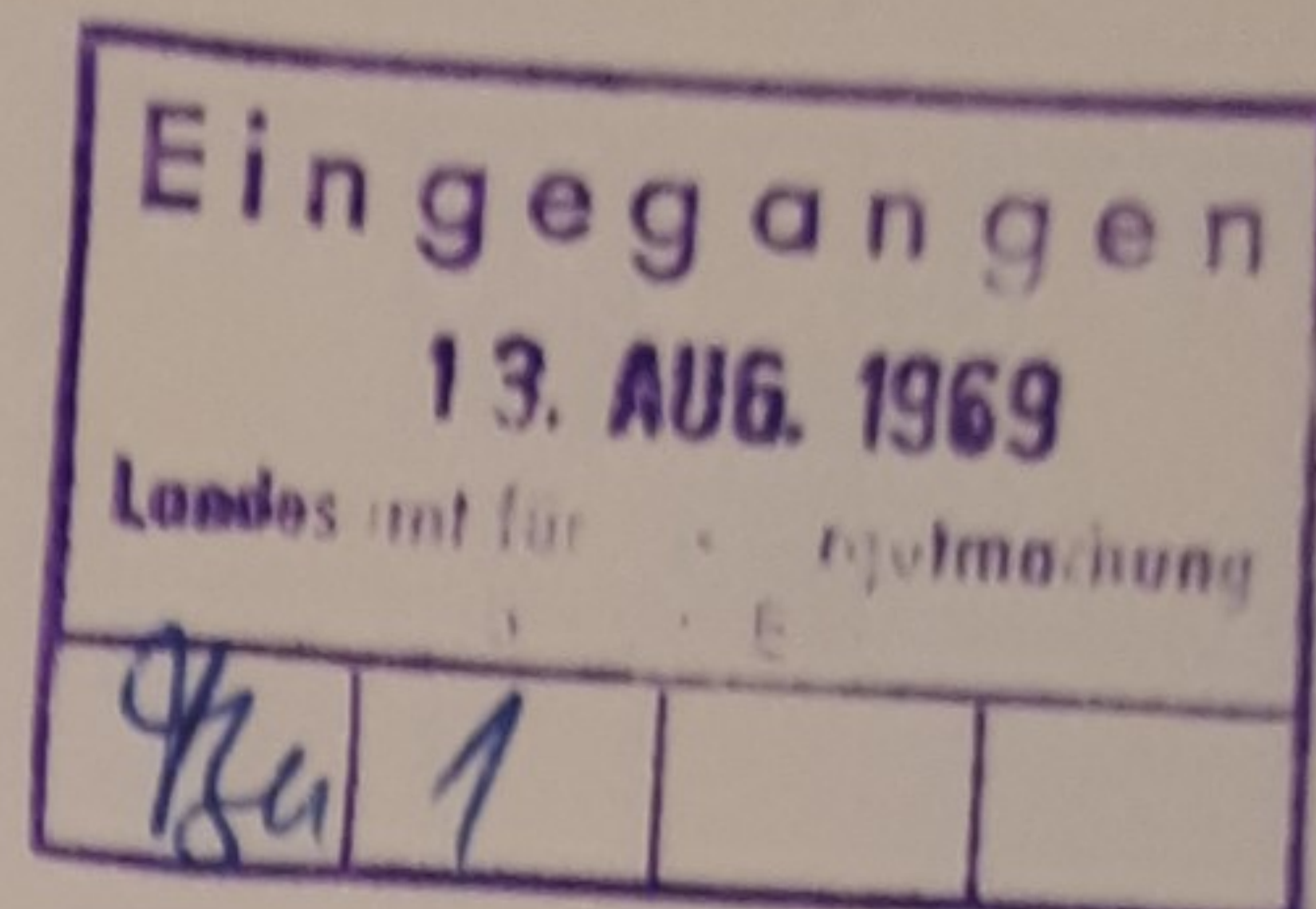
Postanschrift: Landgericht - 28 Bremen 1 - Postfach

Fernruf: Direktwahl 361 4385
(Zentrale 3611)

An das
Landesamt für Wiedergutmachung

28 B r e m e n

Meinkenstr. 1



Betr. Rückerstattungssache Pick ./.. Deutsches Reich
Ihr Aktenzeichen 4080/Rü- 5632/5

In o.a. Sache soll die von der Bremer Lagerhausgesellschaft in Ihrem Schreiben an Sie vom 23. März 1954 als Liste Nr. 3 bezeichnete Zusammenstellung derjenigen Umzugsgüter, die nach Freigabe durch die amtlichen Stellen an die einlagernden Spediteure wieder ausgeliefert worden sind, beigezogen werden.

Es wird um Übersendung der betreffenden Liste gebeten.

Beutler

Landgerichtsdirektor

Ausgefertigt:

Justizangestellter

4080/Rü-5632/351

Tablages, den 23. 10. September 1969
4440

Sprechstunden:
Montag 8 - 12 Uhr
Dienstag 12 - 15 Uhr

An das ~~Landgericht~~ Wiedergutmachung

Bremen

Landgericht Bremen
-Wiedergutmachungskammer-

B r e m e n

Gerichtshaus Domsheide 16

Betr.: Rückerstattungssache Pick ./.. Deutsches Reich

Bezug: Ihr Schreiben vom 7.8.69 - 15 0 3008/64 (W)

Wunschgemäss erhalten Sie beifolgend die mit dem Bezugsschreiben erbetene sog. "Liste 3M der Bremer Lagerhausgesellschaft (21 Blatt).

Zu dieser Liste hat die BLG in ihrem Schreiben vom 23.3.1954 folgendes ausgeführt:

"Hier stellten wir die Umzugsgüter zusammen, die nach Freigabe durch die amtlichen Stellen unsererseits wieder ausgeliefert wurden. Wo uns die Absender bei der Freigabe bekannt wurden, haben wir dieselben in der Liste aufgeführt. Die Güter lieferten wir den Spediteuren aus, die auch den Abtransport durchführten."

Um Rückgabe der Liste nach Gebrauch wird höflichst gebeten.

Im Auftrag

Tanger

1 Anlage